

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat Thüringen

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über
 1. den Finanzierungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur im Freistaat bei der Sanierung von Brücken, Schienenwegen, Straßen, Verknüpfungspunkten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Radwegen,
 2. die Vorhaben des Investitionsrahmenplans 2011 bis 2015 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes, die in Thüringen bis 2015 weitergeführt, beendet oder begonnen werden und
 3. den Aufwand, der aus Sicht der Landesregierung notwendig wäre, um derzeit ungenutzte Schienenwege zu reaktivieren, zu berichten.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht für Thüringen als Grundlage für die Haushaltsplanungen und eine nachhaltige Verkehrswegeplanung dem Landtag vorzulegen,
 2. die Ergebnisse der Bodewig-Kommission zu berücksichtigen und ein langfristiges Verkehrsinfrastrukturentwicklungsprogramm für den Freistaat Thüringen zu entwickeln,
 3. in diesem Verkehrsinfrastrukturentwicklungsprogramm die Verlagerungspotentiale auf die Schiene zu prüfen, um den Modal Split zugunsten der Bahn zu verändern,
 4. gemeinsam mit der Deutschen Bahn ein weiteres Bahnhofssanierungsprogramm auf den Weg zu bringen,
 5. die Infrastruktur für den ÖPNV verstärkt barrierefrei auszubauen,
 6. die ÖPNV-Investitionsrichtlinie weiterzuentwickeln,
 7. Fonds und vergleichbare Strukturen (z.B. Infrastrukturkonten) für eine verbesserte Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zu prüfen,
 8. den Paradigmenwechsel hin zum "Erhalt vor Neubau" im Straßenbau einzuleiten, realistische Projektkosteneinschätzungen vorzunehmen und das Erhaltungsmanagement zu überarbeiten; dabei soll stärker als bisher die frühzeitige Integration von Verkehrssicherungsmaßnahmen in den Neu-, Um- und Ausbau von Straßen zum Tragen kommen und
 9. sich im Bundesrat für eine Aufstockung der Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur und eine angemessene Dynamisierung der Regionalisierungsmittel einzusetzen.

Begründung:

Bereits von der Daehre-Kommission wurde ein Finanzbedarf allein für Instandhaltungen im Verkehrsbereich in Deutschland in Höhe von circa 7,2 Milliarden Euro pro Jahr ermittelt. Die jahrelangen Kürzungen beim Erhalt von Brücken, Schienen, Straßen und Anlagen des ÖPNV haben für diesen Bereich der Daseinsvorsorge zu massiven Substanzverlusten geführt. Zunehmender Güterverkehr, Umweltprobleme, Mobilitätsbedürfnisse und höhere Anforderungen an eine barrierefreie Infrastruktur zwingen zu Überlegungen über Finanzierungsgrundlagen, mehr Investitionen, integrierte Konzepte und eine breite Diskussion über die Prioritätensetzung bei der weiteren Planung, Entwicklung und Verzahnung von Verkehrsprojekten.

Für die Fraktion:

Ramelow